



Liebe Leserinnen und Leser,

manchmal kommt es mir so vor, dass sich die Erde immer schneller dreht. Das Mindesthaltbarkeitsdatum von Bundespräsidenten beispielsweise beträgt längst nicht mehr fünf Jahre. Mit Joachim Gauck haben wir nun im zweiten Anlauf die Möglichkeit, einen parteiübergreifenden Bundespräsidenten zu haben, der von einer breiten Welle der Unterstützung getragen wird. Noch eine Woge der Begeisterung zeichnet sich in Mainz ab, wo am 11. März 2012 der neue Oberbürgermeister gewählt wird. Unser grüner Kandidat Günter Beck zieht in den neuesten Umfragen immer mehr Prozentpunkte an sich. Damit es am Schluss auch zu einem grünen Oberbürgermeister Beck reicht, geben wir jetzt in den verbleibenden Wochen noch einmal alles.

Dass auch wir mit unvermindert hoher Geschwindigkeit weiter arbeiten, können Sie bzw. könnt Ihr den weiteren Meldungen im Newsletter entnehmen.

Herzliche Grüße

Übersicht

1 Tophema: Mainzer OB-Wahl

2 Hauptstadtreport

- ◆ Neustart mit Joachim Gauck
- ◆ Griechenland: Unser Ja zu Europa
- ◆ Sehr geehrter Bundesverfassungsschutz, bitte beobachten Sie mich!
- ◆ Telekommunikationsgesetz bringt beim Breitband nichts Neues
- ◆ Was wird aus der Enquete „Internet & Digitale Gesellschaft“?

3 Medien aktuell

- ◆ ACTA ad acta! Hintergrundinformationen zum umstrittenen Abkommen
- ◆ Zwei Jugendschutzprogramme anerkannt
- ◆ Was ist das Presse-Grosso und warum ist es so wichtig?

4 Demografiereport

- ◆ Europäisches Jahr „Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ 2012
- ◆ Keine Demografie-Abgabe für Kinderlose sondern umfassende Modernisierung
- ◆ Demografietour: Weniger – älter - bunter

5 Vor Ort: Rheinland-Pfalz

- ◆ Zeichen setzen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
- ◆ Vorgänge auf den Gonsbachterrassen aufklären
- ◆ Neujahrsempfänge zum demografischen Wandel: Vernetzt denken und kooperativ handeln

- ◆ Endlich Lärm um zu viel Lärm

- ◆ Gewitter in Idar-Oberstein

6 Zu guter Letzt...

1 Tophema

Am 11. März haben wir Mainzerinnen und Mainzer die Chance, den ersten grünen Oberbürgermeister der Stadt zu wählen. Mit Günter Beck haben wir einen sehr guten, erfahrenen Kandidaten, der als Finanzdezernent der Stadt schon jetzt viel dafür getan hat, dass die schwierige finanzielle Situation in Mainz verbessert wird.

Gerade nach dem ruhmlosen Abgang von Ex-OB Beutel kann von dieser Wahl ein Signal ausgehen, dass wir Bürgerinnen und Bürger wieder mehr Mitspracherecht haben wollen: „Holt Euch Eure Stadt zurück!“, so lautet der grüne Slogan. Günter Beck steht für eine ehrliche und verantwortungsbewussten Politikstil – und beide Attribute kann diese Stadt sehr gut gebrauchen. Gemeinsam mit den GRÜNEN vor Ort unterstütze ich Günter Beck und freue mich über jede Stimme am 11. März!

2 Hauptstadtreport

Neustart mit Joachim Gauck

Lange ließ Christian Wulffs Rücktritt auf sich warten. Dann ging am vorletzten Wochenende plötzlich alles ganz schnell; unser neuer Bundespräsident wird aller Voraussicht nach ein alter Bekannter: Joachim Gauck. Trotz breitem Rückhalt häufte sich in den vergangenen Tagen Kritik. Auch wir als GRÜNE haben in der Vergangenheit nicht jede seiner Positionen geteilt und das wird auch in Zukunft so sein. Warum ich in Joachim Gauck trotzdem einen Hoffnungsschimmer sehe, hier: <http://bit.ly/ywz13k>

Griechenland: Unser Ja zu Europa

Der Bundestag hat auch mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem zweiten Hilfspaket für Griechenland zugestimmt. Für eine eigene Kanzlerinnenmehrheit reichte es nicht mehr. Als Mitglieder des deutschen Bundestages standen Tobias Lindner, Josef Winkler und ich vor der Frage, ob wir das zweite Hilfspaket für Griechenland parlamentarisch legitimieren oder nicht. Nach langen Beratungen und intensiven Diskussionen sind wir – trotz Kritik an einzelnen Punkten - zu der Erkenntnis gekommen, dass die Unterstützung Griechenlands politisch richtig und ökonomisch sinnvoll ist. Wir erklären, weshalb wir für das zweite Hilfspaket gestimmt haben: <http://bit.ly/w8NoLA>

Sehr geehrter Bundesverfassungsschutz, bitte beobachten Sie mich!

Große Wogen schlug meine Reaktion auf die für mich nach wie vor nicht nachvollziehbare Beobachtung von 27 Mitgliedern der Bundestagsfraktion Die Linke durch den Verfassungsschutz. Um der Absurdität, in freier und geheimer Wahl gewählte VolksvertreterInnen durch einen deutschen Geheimdienst beschatten zu lassen, die Krone aufzusetzen, sind darunter erstens Mitglieder des Kontrollgremiums, die eigentlich dem Verfassungsschutz auf die Finger schauen sollten (nicht andersherum), zweitens kostet der ganze Spaß den Steuerzahler mehr als die Überwachung der ungleich

verfassungsfeindlicheren NPD, nämlich 390.000 Euro! Sicherlich ist demnach auch die ein oder andere Aktivität meinerseits beobachtungswürdig, oder nicht? Mit Enttäuschung musste ich feststellen, dass mein Büro trotz meiner eindringlichen Bitte um Überwachung bislang – meines Wissens – nicht verwandt wurde. Hier der Link zu meinem offenen Brief an den Bundesverfassungsschutz: <http://bit.ly/wjRoND>

Telekommunikationsgesetz bringt beim Breitband nichts Neues

Gemischte Ergebnisse: Die Einigung im Vermittlungsausschuss zum Telekommunikationsgesetz am 8. Februar bringt den Breitbandausbau kaum voran. Zwar ist das neue Mitspracherecht der Länder bei der Neuzuteilung und Versteigerung von Rundfunkfrequenzen zu begrüßen, allerdings bleibt der Eindruck, dass sich die Anstrengungen der Bundesregierung in Grenzen halten. So bringt das neue Gesetz weder eine Verpflichtung der Unternehmen zum Ausbau der Grundversorgung mit sich, noch Verbesserungen im Datenschutz. Was uns noch fehlt, hier: <http://bit.ly/Abg2Nx>

Was wird aus der Enquete „Internet & Digitale Gesellschaft“?

Die Union fordert, die Enquete "Internet & Digitale Gesellschaft" schnell zu beenden und durch einen entsprechenden Ausschuss zu ersetzen. Das ist jedoch keineswegs eine Antwort auf berechtigte Befürchtungen, das umfangreiche Pensum sei bis zum Sommer nicht erfüllbar. Ist der von allen Fraktionen beschlossene Arbeitsauftrag zu Ende geführt, kann gemeinsam über die Einrichtung eines neuen Ausschusses bzw. über die Aufwertung des bereits existierenden Unterausschusses Neue Medien, dem die Koalition bisher kaum Beachtung zuteil werden ließ, diskutiert werden. Für die Union unangenehme Abstimmungen sind jedenfalls kein Grund für ein frühzeitiges Ende. Weiter lesen... <http://bit.ly/yyNwfi>

3 Medien aktuell

ACTA ad acta! Hintergrundinformationen zum umstrittenen Abkommen

Die Debatte um ACTA - den völkerrechtlichen Vertrag "Handelsabkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie", der zwischen der EU und anderen Staaten ausgehandelt worden ist, hat mit voller Wucht die Öffentlichkeit erreicht. Allerdings zeichnet sich ab, dass berechtigte Kritik mit falschen Annahmen oder Übertreibungen vermischt werden. Dabei ist es in der Auseinandersetzung um dieses Abkommen wichtig, möglichst fundiert zu argumentieren. Jedoch ist es nicht leicht, sich ein eigenes sachlich fundiertes Urteil zu bilden. In der AG Netzpolitik der Bundestagsfraktion wurde ein Inputpapier von Konstantin von Notz und Jerzy Montag vorgestellt und diskutiert, das die richtigen Fragen stellt und die Kritik an ACTA differenziert formuliert: <http://bit.ly/y7mHmR>

Zur weiteren Information: ACTA-Text (Stand 23.8.2011): <http://bit.ly/znejHn>

Zwei Bewertungen von Experten, die schon in anderen netzpolitischen Fragen von uns GRÜNEN als sehr kompetent angesehen und zu Rate gezogen wurden:

- Beitrag von RA Thomas Stadler <http://bit.ly/zJhvwn>
- Beitrag von Jens Ferner <http://bit.ly/yNZtN9>

Zwei Jugendschutzprogramme anerkannt

Nach vielen, vielen Jahren hat die Kommission für Jugendmedienschutz der Landesmedienanstalten (KJM) nun zwei Jugendschutzprogramme unter Auflagen anerkannt. Interessierte können das Programm des Vereins JusProg e.V. unter www.jugendschutzprogramm.de kostenlos herunterladen. Das Programm der Deutschen

Telekom steht für alle Festnetzkunden der Deutschen Telekom ab Ende März 2012 kostenlos unter www.t-online.de/kinderschutz zum Download bereit.

Leider hat sich gezeigt, dass trotz der Nachbesserungen seit dem Overblocking-Skandal vor einigen Jahren, von dem auch die Seite der grünen Bundestagsfraktion betroffen war, immer wieder völlig unproblematische Inhalte durch das Raster des bereits verfügbaren JusProg fallen. Der Verein verspricht, das Problem anzugehen, und fordert betroffene Seiteninhaber auf, Beschwerde einzureichen. Wichtig: Auch Eltern können jederzeit selbst manuell Seiten sperren und freigeben.

Wir werden weiterhin ein kritisches Auge auf die Filterlisten, die in die Software integriert sind, haben. Völlig unbedenkliche Inhalte dürfen auf keinen Fall automatisch blockiert werden. Fest steht, JusProg e.V. muss nacharbeiten – und das transparent!

Was ist das Presse-Grosso und warum ist es so wichtig?

Am 14. Februar 2012 entschied das Landgericht Köln im Rechtsstreit des Bauer-Verlags gegen den Bundesverband Presse-Grosso. Warum das so wichtig ist:

Das neutrale Pressevertriebssystem Presse-Grosso garantiert, dass alle Zeitungs- und Zeitschriftentitel gleichberechtigt Zugang in die Verkaufsregale von Supermärkten und Kiosken finden. So haben neben der BUNTEN auch neue Zeitschriften eine Chance und die Regale sind nicht überfüllt von Produkten aus Springer- oder Bauer-Hand.

Dieses System ist durch zwei Klagen des Bauer-Verlags in Frage gestellt worden. Leider haben die Gerichte Bauer in beiden Fällen recht gegeben. Damit kann Bauer Einzelbedingungen mit den Zeitungs- und Zeitschriftenhändlern aushandeln und muss sich nicht mehr an die zwischen Verlegern und Grossisten geltende "gemeinsame Erklärung" halten. Damit ist der Wert der gemeinsamen Erklärung, die 2004 eine gesetzliche Regelung entbehrlich gemacht hat, insgesamt in Frage gestellt.

Weiter lesen... <http://bit.ly/xpesdd>

4 Demografiereport

Europäisches Jahr „Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ 2012

Wir brauchen ein neues Bewusstsein für die Potenziale des Alters. Das Konzept „Jung - reich - schön“ trägt nicht in die Zukunft. Die Politik sollte den Menschen mit seinen unterschiedlichsten Fähigkeiten, Schwächen und Bedürfnissen mitnehmen und fördern. Gerade im demografischen Wandel braucht unsere Gesellschaft die Potenziale von allen, gerade auch von alten Menschen: Lebens- und Berufserfahrung, Wissen und soziale Kompetenz. Sich aktiv einzubringen und auch im hohen Alter selbstbestimmt zu leben, braucht aktivierende und unterstützende Strukturen, die gleichzeitig Teilhabe und Würde sichern.

Bundespolitisch ist 2012 eine Reform der Pflegeversicherung dringend nötig. Leider hat weder der ehemalige, noch der aktuelle Gesundheitsminister im „Jahr der Pflege 2011“ die Ankündigungen einer grundlegenden Reform umgesetzt. Es ist zu hoffen, dass das Europäische Jahr „Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ konkret Initiativen für die aktive gesellschaftliche Teilhabe und Unterstützung Älterer anstößt und zum Mentalitätswechsel beiträgt.

Weiter lesen... <http://bit.ly/w3c1h6>

Keine Demografie-Abgabe für Kinderlose sondern umfassende Modernisierung

Nach den Vorstellungen von jungen CDU-Abgeordneten sollen Kinderlose eine Sonderabgabe bezahlen, um Rücklagen für die Sozialversicherungen im demografischen

Wandel zu bilden. Es ist zwar richtig, dass es eine Schieflage in unseren sozialen Sicherungssystemen gibt, die sich durch den demografischen Wandel verschärfen wird. Wir brauchen jedoch kein neues Etikett namens „Demografie-Abgabe“ auf die alte Flasche Wein Sozialversicherung. Was wir brauchen, ist ein durchgreifendes Konzept, das das Sozialversicherungssystem modernisiert und Maßnahmen sinnvoll verknüpft. Eine zusätzliche Abgabe lenkt vom eigentlichen Problem ab, dem dringenden Reformbedarf des Sozialversicherungs- und Steuersystems.

Mehr zu den grünen Alternativen: <http://bit.ly/x10P6g>

Demografietour: Weniger – älter - bunter

In diesem Frühjahr geht es die Demografie-Tour für mich los: Ich starte die Tour durch die Bundesländer, um spannende Projekte vor Ort zu besuchen und hoffentlich eine Menge interessanter Gespräche zu führen, die mir frische Denkanstöße für meine zukünftige Arbeit liefern.

5 Vor Ort: Rheinland-Pfalz

Zeichen setzen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Im Januar verteilte das FDP-Ratsmitglied Hans-Wilhelm Laubenstein in Gensingen ein Faltblatt in einer Sitzung des Gemeinderates, in dem er mit fremdenfeindlicher Polemik die Genehmigung des Antrags eines türkischen Kulturvereins für ein Vereinsheim verhindern wollte. Er entschuldigt sich, dass er mit dem Flugblatt "einen kapitalen Bock geschossen habe." Doch nicht nur der Bock ist das Problem, sondern der Jagdtrieb in Form von tief verwurzelten Klischees und Vorurteilen. Angesichts der Morde an ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die im vergangenen Oktober bekannt wurden, bedeuten solche Äußerungen ein gefährliches Zündeln. Hier müssen wir ran!

Weiter lesen... <http://bit.ly/xHj1j>

Vorgänge auf den Gonsbachterrassen aufklären

Mit der Liberalisierung des Telefongeschäfts sollten die VerbraucherInnen in Deutschland vor überhöhten Gebühren geschützt werden. Die Zustände auf den Gonsbachterrassen zeigen jedoch das Gegenteil: Schlechter Service und langsame Internetverbindungen. Bei der Erschließung der Gonsbachterrassen wurde ein Vertrag zur Grundversorgung mit einem Telekommunikationsunternehmen geschlossen, der die Bewohner für mindestens zwei Jahre an einen festgelegten Anbieter bindet. Mit einer Anfrage im Stadtrat verlangen wir unter anderem Aufklärung darüber, warum bei der Erschließung des Baugebiets eine für die BürgerInnen unvorteilhafte Regelung getroffen wurde. Zudem wollen wir wissen, ob und wie die BewohnerInnen der Gonsbachterrassen sich einen anderen Anbieter wählen können. Die vollständige Stadtratsanfrage findet sich hier: <http://bit.ly/yT5TwV>

Neujahrsempfänge zum demografischen Wandel: Vernetzt denken und kooperativ handeln

Im Zeichen der Demografie-Politik standen die Neujahrsempfänge in Montabaur und in Daun in der Vulkaneifel. In Daun war der Saal voll: Über 50 Gäste feierten das neue Jahr und informierten sich gleichzeitig über das Thema des Abends „Das Dorf in Zukunft“. Ich stellte Ansätze vor, wie wir auf eine alternde und schrumpfende Bevölkerung reagieren können, beispielsweise bei der Nutzung von Gebäuden, rollende Infrastruktur wie etwa Ärzte auf Rädern oder eine dezentrale Ver- und Entsorgungswirtschaft (Der Artikel dazu:

<http://bit.ly/zpv0z6>). „Selbstbestimmt Leben im Alter“ war das Thema beim Neujahrsempfang des Kreisverbandes Westerwald. Wir müssen uns klar werden, wie dringend es ist, dass wir uns jetzt um eine angepasste soziale Infrastruktur kümmern. Kommen heute auf dem Land zehn Menschen im erwerbsfähigen Alter auf einen Hochbetagten über 80, sind es 2030 noch fünf, 2050 nur noch drei. Selbstbestimmung ist weder heute noch in Zukunft Luxus, sondern Notwendigkeit.

Endlich Lärm um zu viel Lärm

Bei Ostwind, an knapp einem Drittel des Jahres, fühlen sich Menschen aus Mainz und Rheinhessen wie in einer Fabrikhalle, wenn die Flieger im Minutentakt über der Region auf den Frankfurter Flughafen zusteuern. Der Lärm lähmt die Menschen in der Landeshauptstadt einerseits. Andererseits wachen immer mehr auf und engagieren sich in Bürgerinitiativen und bei Demos. Auf breite gesellschaftliche Ablehnung stößt auch der EU-Verordnungsentwurf zu Betriebsbeschränkungen, mit dem Nachtflugverbote ausgehebelt werden könnten (meine Pressemitteilung dazu: <http://bit.ly/zjfDcw>). Endlich setzen immer mehr Bürgerinnen und Bürger dem aufgezwungenen Lärm Protestlärm entgegen. Unsere Bundestagsfraktion hat einen Entschließungsantrag in den Bundestag eingebracht (Link zum Antrag: <http://bit.ly/yFlbSE>), um eine grundsätzliche Überarbeitung des EU-Entwurfs zu fordern. Zu dem Thema organisiere ich mit unserem Europa-Abgeordneten Michael Cramer am 31. Mai und 1. Juni 2012 Veranstaltungen zum Flug- und Bahnlärm. Lärm ist kein lokales Problem. Er ist mittlerweile die Umwelt-Gesundheitsbelastung Nr. 1 und verursacht hohe gesellschaftliche Kosten und individuelles Leid. Auf Bundes- und europäischer Ebene brauchen wir dringend Gesetze und Verordnungen, die den Schutz der Bürgerinnen und Bürger sichern.

Gewitter in Idar-Oberstein

Entgegengesetzter könnte es nicht sein: Prof. Monheim, Verkehrs- und Stadtentwicklungsexperte, schlägt vor, Idar-Oberstein auf die Liste des Welterbes zu setzen, aber nicht wegen der romantischen Felsenkirche, sondern für die seltene Häufung von Brutalplanungen aus den 60er, 70er und 80er Jahren. OB Bruno Zimmer indes lobt die Naheüberbauung, die BewohnerInnen seien zufrieden und die Straße würde ihren Verkehrszweck erfüllen. Die Kritik stieß bei ihm auf völliges Unverständnis. Bei der Abendveranstaltung „Stirb langsam – Wach auf, Idar-Oberstein“ diskutierte ich mit ihnen und Thomas Petry über Stadtentwicklung und Betonsünden. Mehr dazu in der Rhein-Zeitung: <http://bit.ly/w6BBY9>

6 Zu guter Letzt...

..nicht vergessen: Am 11. März Günter Beck wählen! Holt euch eure Stadt zurück!

Sie erhalten diesen Newsletter, da Sie sich hierfür auf www.tabea-roessner.de angemeldet haben. Der Empfang dieses Newsletters ist kostenlos. Sie können sich unter <http://www.tabea-roessner.de/newsletter.html> jederzeit vom Newsletter abmelden.

Impressum: Tabea Rößner, MdB
Medienpolitische Sprecherin
Demografiepolitische Sprecherin
Bundestagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Unter den Linden 50
10117 Berlin
Tel: 030 227 71697
Fax: 030 227 76296
tabea.roessner@bundestag.de